

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten
Organ des Verbandes der deutschen Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin W. 30, Winterfeldtstr. 24
Fernsprecher: Amt 9, Nr. 6188
Redakteur: Heinrich Bürger

Motto:
Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Mutterbetriebe sein

Erscheint wöchentlich Freitags
Bezugspreis vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld)
2 Mk. - Postzeitungsliste Nr. 3167

Redaktionschluss: Sonnabend vor dem Erscheinen.

Inhalt.

Der weitere Ausbau unserer Organisation. — Die Streiks im Jahre 1904. — Koalitionsrecht und Koalitionsverbot! — Aus unserer Bewegung. — Aus den Stadtparlamenten. — Sprechsaal. — Anzeigen.

Der weitere Ausbau unserer Organisation.

In allen Filialen nehmen die Mitglieder in den nächsten Wochen Stellung zum Mainzer Verbandstag, der, wie schon bekannt gegeben, vom 28. Mai bis zum 2. Juni tagt. Wie vor drei Jahren eifrig der Ausbau unserer Organisation diskutiert wurde, so handelt es sich jetzt um den weiteren Ausbau. Unser letzter Verbandstag im Jahre 1903 zu Berlin schaffte die Grundlagen für die größere Ausdehnung und bessere Einheitslichkeit unserer Bewegung und der bis dahin etwas primitiven Verbandseinrichtungen. Es wurden Hindernisse aus dem Weg geräumt, die der Zusammenfassung aller Kräfte entgegenstanden. Hauptächlich kam es darauf an, die Berliner Bewegung einheitlicher zu gestalten und festere organisatorische Grundlagen zu gewinnen. Die Sterbunterstützung wurde eingeführt und der damals abnorm geringe Verbandsbeitrag um 5 Pf. erhöht. Ferner ging man trotz starken Widerstrebens mander Kollegen dazu über, die Zahl der befoldeten Verbandsfunktionäre zu vermehren und für eine Reihe Verbandsorte wurde die Subventionierung, d. h. die Derangierung nebenamtlich befoldeter Verbandsfunktionäre vorgeschlagen. Während vor drei Jahren nur den Gesamtverband (mit Verbandsbureau) nur ein voll befoldeter Beamter und eine Substrat sowie eine Anstaltslotsa waren, in Norddeutschland nur ein nebenamtlich befoldeter Funktionär und in Süddeutschland erst kurz zuvor ein Beamter angestellt worden war, sind zurzeit sechs voll befoldete Verbandssekretäre und acht Substratslotsen (davon drei Beamte und eine Substrat) für das Hauptbureau und die Redaktion.) Den Verbandsvorstand unterstützen zurzeit Bezirksbureaus in Berlin, Brandenburg, Stuttgart, Breslau, München, Mannheim, Köln a. Rh., Dresden und Weimar. Vor drei Jahren hatten ferner nur die Filialen Berlin und Dresden je einen Beamten. Jetzt hat die Filiale Berlin drei Beamte und eine Substrat. Die Filiale Hamburg hat einen Beamten und einen Substratslotsen. Dresden hat einen Beamten. Nürnberg hat in neuerer Zeit einen Filialfunktionär eingestellt und in Frankfurt a. M. wirkt ein Funktionär nebenamtlich, jedoch insgesamt 22 Verbandsfunktionäre vorhanden sind.

Das entspricht naturgemäß auch die Steigerung der Mitgliederzahl von rund 7000 auf rund 20000. Wir haben jetzt in solchen Gegenden Deutschlands Vereine, bzw. Gewerkschaften, wo wir früher kaum eine Filiale anrichten konnten. Zeldermanen setzt naturgemäß unter Verband jetzt eine ganz andere Struktur und tragen auch eine

andere Physiognomie wie vor drei Jahren. Anschauungen und Meinungen sind von den früher im Verbandsmaßstab gewesen nicht unwesentlich abgewichen. Das Selbstbewusstsein der Mitglieder hat sich in höherem Maße entwickelt und mit dem Wachsen des Verbandes auch das Vertrauen zur Kraft unserer Bewegung. Hand-in-Hand damit hat die bedeutend ausgedehntere Praxis der Bewegung das Urteil der Mitglieder geschärft und auch den Blick für die Notwendigkeiten der Zeit. Reiche Erfahrungen sind an allen Verbandsstellen gesammelt worden (gute und schlechte) und überall verspüren wir ein viel sicheres Auftreten gegenüber den Gewerkschaften im Gewerkschaftsleben, der Kommunalpolitik und allen anderen Vorgängen auf dem Gebiete der Politik und Wirtschaft.

Alle Mitglieder empfinden, daß mit dieser größeren Ausdehnung des Verbandes aber auch die Anforderungen an die Organisation sich ganz gewaltig steigern und wir gehen deshalb jetzt dazu über, die Frage zu erörtern, was zu geschehen hat, um unsere Organisation zu befähigen, Kämpfe heftig durchzuführen, allen Anstürmen erfolgreich Stand zu halten und in jeder Beziehung den Mitgliedern einen festen Halt zu bieten. Im November 1905 fand bereits in Berlin eine Konferenz der Verbandsbeamten aus allen Teilen Deutschlands statt, die sich mit den hauptsächlichsten Fragen befaßte. Die Konferenz konnte die Wünsche und Bedürfnisse der Mitglieder in allen Filialen noch einmal erörtern, womit eine bessere Grundlage für die neue Statutenvorlage gewonnen wurde. Sahen diese Konferenz sich erkennen, daß der Verbandstag folgende Fragen aufs neue behandeln wird: Das Unterstützungsweien, Beitrag, Verbandsorganisation, Programmatisches nach außen und sonstiges Grundätzliches nach innen. Behandeln wir zunächst die Unterstützungsfrage. In diesem Punkte sind die noch vor drei Jahren in unserem Verbands vertretenen Anschauungen vollständig in ihr Gegenteil umgedreht. Der vorige Verbandstag glaubte mit der Einführung der Sterbunterstützung für Mitglieder alles getan zu haben, was zu tun nötig war. Bei dem damals beschlossenen und zurzeit noch geltenden Beitrag war natürlich auch nicht möglich, mehr zu tun. Jedenfalls wird der nächste Verbandstag diese Unterstützung weiter ausdehnen, indem nicht nur beim Ableben des Mitgliedes dessen Hinterbliebenen unterstützt werden, sondern auch beim Ableben der Ehefrau eines Mitgliedes das Mitglied einen Vererbungsanspruch erhält. Diese Unterstützung ist von vielen Verbandsstellen als notwendig und zweckmäßig bezeichnet worden. Von einer Unterstützung in Sterberaten von Kindern dürfte wohl am besten Abstand zu nehmen sein. An Stelle der in anderen Verbänden üblichen Hinterunterstützung, die für unseren Verband allerdings kein allgemeines Interesse hat, wird sich die Einführung einer Umzugsunterstützung empfehlen, wie sie bereits in mehreren Verbänden besteht. Das wichtigste aber ist, daß viele Mitglieder ganz kategorisch die Einführung der Arbeitslosenunterstützung fordern und noch bedeutend mehr für die sogenannte Erwerbslosenunterstützung sind. Im August des Jahres 1902 wurde verhandelt in der „Ge-

wirtschaft" zur Arbeitslosenunterstützung ausgeführt, daß, obwohl diese für die Gewerkschaftsbewegung von grundlegender Bedeutung sei, für unseren Verband doch nicht in Betracht kommen könne. Es hieß, in den städtischen Vertrieben herrschen stabile Verhältnisse, Entlassungen wegen Arbeitsmangel, hervorgerufen durch Schwankungen der allgemeinen wirtschaftlichen Konjunktur können nicht in dem Maße vor, um deshalb die Arbeitslosenunterstützung einzuführen. Die städtischen Arbeiter würden dauernd beschäftigt und können daher keine Arbeitslosigkeit. Wir zitieren weiter wörtlich:)

„Es ist nun wohl ganz klar, daß diejenigen Verbandstollegen, welche sich in einer derartigen Position befinden, nicht bereit sein werden, höhere Beiträge zwecks Einführung der Arbeitslosenunterstützung zu zahlen. Daran scheitert denn auch bei uns die Frage der Arbeitslosenunterstützung. Es handelt sich also hierbei — wir betonen dieses nochmals ganz besonders — nicht etwa um bevorzugte ältere Arbeiter, sondern um die Arbeiter ganzer Betriebe, in welchen ein Niedergang infolge ihrer ganzen Natur, da sie ständige Bedürfnisse befriedigen, nicht möglich ist. Die Arbeiter dieser städtischen Betriebe erziehen sich einer beamtenähnlichen Stellung und sind daher schon in einigen Stadtverwaltungen dahingehend Bestimmungen getroffen worden, daß Entlassungen wegen Arbeitsmangel nach einem bestimmten Dienstalter nicht mehr vorgenommen werden dürfen, oder die Betroffenen dann mindestens Wartegelder erhalten.“

Nun gibt es ja andererseits auch städtische Betriebe, die Entlassungen wegen Arbeitsmangel vornehmen müssen. So finden z. B. alljährlich in den Gaswerken im Frühjahr Arbeiterentlassungen wegen reduzierter Betrieb statt. Hier handelt es sich aber meistens um Arbeiter, die von vornherein nur für die Winterwochen eingekauft werden, in denen die Gasproduktion sich erheblich steigert. Es sind dieses meistens Bauarbeiter, welche während der Zeit der Arbeitslosigkeit im Baugewerbe für einige Wochen Unterstützung in den Gaswerken suchen. Diese Arbeiter kommen deshalb aus vielfach für unseren Verband gar nicht in Frage, da sie einmal schon den Bauarbeiterorganisationen angehören und andererseits doch bald wieder den städtischen Vertrieben zufließen werden.

Weniger ist bei den Tiefbauern, soweit diese von städtischen Verwaltungen in eigener Regie ausgeführt werden, Arbeitslosigkeit in Folge eintretender Frostes usw. aufzuweisen. — Aber auch für diese Arbeiter kann der Verband keine Arbeitslosenunterstützung einführen. Die Summen, welche zur Unterstützung dieser Verbandsstollegen notwendig wären, müßten zum größten Teil von den städtischen Arbeitern aufgebracht werden. Diese Stollegen werden natürlich ein solches Ansehen zuwiderfahren, und daher ist die Einführung der Arbeitslosenunterstützung für unseren Verband gar nicht denkbar.

Wenn andere Organisationen die Arbeitslosenunterstützung einführen, so tun sie dieses nicht aus humanitären Gründen, sondern aus deshalb, weil sie dadurch den Preis der Arbeitskraft innerhalb ihres Berufes beeinflussen wollen. Der Arbeitslose, welcher durch die Arbeitslosenunterstützung wenigstens vor dem Verhungern geschützt ist, wird nicht so leicht als Lohnverweigerer auftreten, als wie derjenige Arbeitslose, der nicht das geringste Einkommen bezieht. — Wir uns legen die Dinge ganz anders. Diejenigen, welche aus städtischen Vertrieben entlassen werden, erhalten in der Regel in anderen städtischen Unternehmen keine Beschäftigung; sie sind also meistens für unseren Beruf und unsere Organisation verloren, weshalb sie daher auch keinen Einfluß auf die Löhne ausüben können, die in städtischen Vertrieben gezahlt werden. Nur die Tiefbauarbeiter, welche wegen der Witterungsverhältnisse ansitzen müssen, sind die Löhne meistens generell geregelt. Ueberhaupt ist ein großes Ansehen von Arbeitskräften bezüglich der städtischen Vertriebe nicht denkbar, weshalb sie auch keinen Einfluß auf die Löhne ausüben können, die in städtischen Vertrieben gezahlt werden. Nur die Tiefbauarbeiter, welche wegen der Witterungsverhältnisse ansitzen müssen, sind die Löhne meistens generell geregelt. Ueberhaupt ist ein großes Ansehen von Arbeitskräften bezüglich der städtischen Vertriebe nicht denkbar, weshalb sie auch keinen Einfluß auf die Löhne ausüben können, die in städtischen Vertrieben gezahlt werden.

Aus allen diesen Gründen kann daher — wie wir bereits wiederholt betonten — für unseren Verband die Arbeitslosenunterstützung nicht in Frage kommen.“

Bezüglich der Krankenunterstützung wurde ausgeführt:

„Auch unser Verband hat sich mit der Frage der Krankenunterstützung von jeher beschäftigt. Anfanglich regelte er die Frage dahingehend, indem er es den einzelnen Ämtern überließ, ob sie die Unterstützung kranker Mitglieder einzuführen wollten oder nicht. Ein Teil der Ämter führte denn auch diesen Unterstützungsgeweihe ein, jedoch mehren der Verband mit dieser Art der Regelung die Krankenunterstützungsgesetze ziemlich traurige Erfahrungen. Mehrere

Ämtern besaßen in ihrer Mitte nicht die Kräfte, welche zur eigenhändigen crassen Regelung der Krankenunterstützung notwendig waren. Die Maximalgrenze wurde zu niedrig angesetzt, zu hohe Unterstützungssätze bewilligt usw., so daß es in mehreren Ämtern zu ernsthaften Differenzen kam, die schließlich ihren ganzen Zusammenbruch zur Folge hatten. Daher entschloß sich die letzte Generalversammlung des Verbandes, eine Krankengeld-Zusatzklasse ins Leben zu rufen. — Aber auch dieses Unternehmen hat bekanntlich Mißfolge gemacht. Der Verbandsvorstand kam nun mit der neuen Statutenvorlage. Diese stieß auf heftigen Widerstand bei einem nicht unerheblichen Teile der Verbandstollegen. Die Opposition war begründet. In einigen Orten zahlen die städtischen Behörden im Krankheitsfälle für längere Wochen einen Teil des Lohnes weiter. Diese Stellen haben eine besondere Unterstützung infolgedessen nicht notwendig, wollen also auch keine materiellen Opfer für Krankenunterstützung bringen. Andererseits brachten städtische Behörden jene Unterstützung von ihrem Zuschuß in Abzug, welche die Verbandstollegen von ihren Ämtern erhielten. Dazu kommt hinzu, daß einige städtische Verwaltungen mehr oder weniger invalide Leute beschäftigen. Diese belasten kollektiv den Krankengeld ganz erheblich, wenn sie nicht von dem Bezuge einer Krankenunterstützung ausgeschlossen werden. Auch mit den pensionierten städtischen Arbeitern liegt die Sache ebenso. Diese Dinge machen denn auch eine einheitliche Regelung der Krankenunterstützung innerhalb unseres Verbandes unmöglich. Daher mußte der Verbandsvorstand in seiner Vorlage eine Reihe von Ausnahmeregelungen schaffen und verschiedene Beitragssätze usw. vorschlagen. Nun haben sich in letzter Zeit neue Schwierigkeiten ergeben. Die Stadt Berlin gewährt neuerdings ihren Arbeitern im Krankheitsfälle eine Unterstützung — Differenz zwischen Krankengeld und Lohn — für die Dauer von 4 bis 6 Wochen. Nun entsteht eine neue Frage. Zu welcher Beitragssatzklasse sollen jetzt laut der Statutenvorlage die Berliner städtischen Arbeiter gehören? Immer weitere Schwierigkeiten entstehen, so daß es bald unmöglich erscheint, eine Regelung der Krankengeldfrage innerhalb des Verbandes zu treffen, die entgegen dem größten Teil der Verbandstollegen befreit.“

Soviel Gründe damals gegen diese Unterstützungsarten angeführt wurden, so viel gibt es jetzt dafür. Haben wir es doch erlebt, daß eine ganze Kategorie von Arbeitern, von der wir es zu allererst erwartet hätten, bestimmt erklärte, daß, wenn nicht Erwerbslosen- oder mindestens Arbeitslosenunterstützung eingeführt werde, sie Mann für Mann einem anderen Verbandsverbande sich zuwenden. — In der nächsten Nummer werden wir die Gründe, welche für Einführung der Erwerbslosenunterstützung sprechen, darlegen.

Die Streiks im Jahre 1904. *)

I.

Von einem „Aubebedürfnis der Gewerkschaften“, von dem in den letzten Monaten so viel gesprochen worden ist, läßt die Ergebnisse der Streikstatistik für das Jahr 1904 absolut nichts verspüren. Es sind von den gewerkschaftlichen Zentralverbänden im letzten Jahre Kämpfe mit dem Unternehmertum in einem Umfange und unter großen materiellen Opfern geführt worden, wie nie zuvor. Nicht ein Ausstoßen mit den gegenwärtigen Zuständen, nicht ein Hand-in-Hand gehen mit dem Unternehmertum macht sich bei den Gewerkschaften bemerkbar, sondern es nehmen sich die Organisations immer mehr zu zeigen. Immer zahlreicher werden die Kämpfe, die von den vereinigten Großindustriellen heraufbeschworen werden, um die Widerstandskraft der organisierten Arbeiter zu brechen, und unvermeidlich scheint ein gewaltiger Zusammenstoß des organisierten Unternehmertums und der organisierten Arbeiterkraft. Die Gewerkschaften sind sich bewußt, in welcher Situation sie sich befinden. Sie weichen den gegenwärtigen Kämpfen nicht aus und werden auch den ihnen bevorstehenden weit gewaltigeren Kämpfen nicht ausweichen. Was sie wünschen, ist, daß ihnen die nötige Ruhe, nicht von dem Unternehmertum, sondern von den eigenen Mitstreitern gelassen wird, sich für diese großen Kämpfe vorzubereiten. Sie wünschen, daß nicht durch überflüssige Diskussionen über Generalstreik und politischen Maßnahmen Meinungsverschiedenheiten in den Gewerkschaften entstehen, im Streit der Meinungen die Energie rasch verfliehe und dabei die nötige Arbeit zur Vorbereitung für die zu erwartenden schwereren Kämpfe verabsäumt wird. Wer da will, daß die Gewerkschaften die nötige Kraft erhalten, um auch dem schwereren Kampfe mit Übermut entgegenzutreten zu können, wird ihr Bedürfnis nach Ruhe bei theoretischen Erörterungen, die nicht das geringste beitragen, die Kampfbereitschaft zu erhöhen, wohl verstehen.

Die Gewerkschaften führen ihre Kämpfe nicht um sich zu über, sondern um ihren Zweck zu erreichen. Die Kämpfe jedoch, die sie in den letzten fünf Jahren zu führen hatten, durften ihnen Kampferfahrung in so ausserordentlichem Maße gebracht haben und die weiter

*) Siehe „Gewerkschaft“, Nr. 16 1902.

*) Einige mehrere Monate zurückgestellt werden.

zu erwartenden Kämpfe werden diese Lehren zu erhöhen, daß sie im gegebenen Moment wohl ihren Platz ausfüllen werden. Nicht die Erstufung darüber, was später kommen wird und was in einer gegebenen Situation zu tun ist, macht die Arbeiterkraft kampfbereit, sondern die Erziehung zur Pflichttreue, zum Selbsteinhalten und zur Selbshaltung, sowie die Disziplinierung für den Kampf. Die zahlenden Arbeitseinstellungen und Ausperrungen des letzten Jahres werden, dessen sind wir sicher, nicht wenig zu dieser Erziehung der Arbeiterklasse beigetragen haben.

Es waren im Jahre 1901 insgesamt 1625 Streiks und Ausperrungen mit 135 957 Beteiligten zu verzeichnen. Von den beteiligten waren 5018 Arbeiterinnen. Rechnen wir hierzu die 184 206 an Lohnversagungen Beteiligten, die nicht die Arbeit einstellten, so ergibt sich, daß im letzten Jahre 320 163 Arbeiter und Arbeiterinnen um eine Verbesserung der Lebenshaltung oder gegen eine Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen kämpften.

Die Streiks und Ausperrungen erforderten eine Ausgabe von 5 531 311 Mk. Es waren erfolgreich 878 (55,7 Proz.), teilweise erfolgreich 317 (20,1 Proz.) und erfolglos 319 (22,1 Proz.) der Streiks und Ausperrungen. Nur 128 700 der Streikenden und Ausperrten konnte der Verlust an Arbeitszeit und an Arbeitsverdienst festgestellt werden. Es hatten Verlust an Arbeitszeit die männlichen Beteiligten von insgesamt 1 965 313 und die weiblichen Beteiligten von 151 841 Arbeitstagen. Verlust an Arbeitsverdienst hatten die 128 700 Beteiligten 7 825 369 Mk.

In welchem Maße die wirtschaftlichen Kämpfe an Zahl und Umfang gewachsen sind, zeigt ein Vergleich der Zahlen für 1901 mit denen früherer Jahre. In dem Jahrzehnt von 1890-1899 waren insgesamt 3772 Streiks und Ausperrungen mit 125 112 Beteiligten festgestellt, und wurden für diese Kämpfe insgesamt 11 092 758 Mk. verausgabt. Im letzten Jahrzehnt, von 1900 bis 1901 fanden nur 5347 Streiks und Ausperrungen mit 177 406 Beteiligten. Veranschlagt wurden dafür 18 321 720 Mk., während 1901 allein 1625 Streiks und Ausperrungen mit 135 957 Beteiligten stattfanden und 5 1/2 Millionen Mark verausgabt wurden.

In den fünfzig Jahren von 1890 bis 1901 führte die Arbeiterchaft Deutschlands insgesamt 9119 wirtschaftliche Kämpfe mit 992 638 Beteiligten und 29 721 178 Mk. Ausgabe. Von diesen Kämpfen waren 4199 (47,9 Proz.) erfolgreich, 1932 (22,1 Proz.) teilweise erfolgreich und 2351 (27,0 Proz.) erfolglos.

Von den 1625 Streiks und Ausperrungen des Jahres 1901 entfallen auf die einzelnen Industriegruppen:

Baugewerbe:

	Streiks	Beteiligte	Ausgabe	Erfolgreiche Streiks	Proz.
Bauarbeiter	23	6168	275 348	9	39,1
Facharbeiter	10	107	25 998	5	50,0
Glaser	14	799	20 987	8	57,1
Maler	25	7633	124 120	11	44,0
Maurer	34	22 892	78 231	163	48,8
Steinbauarbeiter	25	1034	18 900	15	60,0
Steinmetzen	24	2152	105 337	14	58,3
Stuckateure	10	1094	13 759	7	70,0
Töpfer	8	294	9 221	6	62,5
Zimmerer	115	4753	22 331	61	70,4
Nicht beendet	7	88	6204	1	—
Ausperrungen	49	16677	185 494	16	32,7
Gesamt	644	61 391	267 1872	335	54,8

Metallindustrie und Schiffbau:

Genouve	2	111	5014	1	50,0
Ausperrungen	3	75	1771	1	33,3
Schiffbau	2	—	2344	—	—
Metallarbeiter	160	10338	231 076	96	60,0
Stahlhammerer	4	31	1128	3	75,0
Schmiede	15	838	28 576	8	53,3
Werkzeugmacher	—	80	2470	—	—
Nicht beendet	11	1305	176 230	—	—
Ausperrungen	34	7120	74 320	7	20,6
Gesamt	211	19 798	119 250	116	60,2

Graphische Gewerbe und Papierindustrie:

Buchbinder	18	2288	192 37	6	33,3
Buchdrucker	3	99	2225	1	33,3
Buchdruckvorarbeiter	7	110	—	2	28,6
Kopierschreiber	1	8	25	—	—
Kennzeichner	6	130	10 592	4	66,6
Gesamt	35	2635	106 289	13	34,3

Holzindustrie:

Bauhauer	31	646	80 854	16	51,6
Böcher	12	251	21 798	3	25,0
Forstarbeiter	335	12 839	499 750	243	72,5
Forstbesitzer	11	697	7284	10	90,9
Forstbesitzer	6	497	14 586	3	50,0
Nicht beendet	9	294	17 267	—	—
Ausperrungen	15	5178	507 114	7	46,6
Gesamt	419	22 492	1 265 379	282	67,3

Nahrungs- und Genussmittelindustrie:

Bäcker	14	4477	46 784	8	57,1
Brauerei	26	1327	14 061	16	61,5
Konditoren	3	470	9 229	—	—
Müller	4	150	16 074	2	50,0
Tabakarbeiter	20	800	3 980	10	50,0
Tabakwarenhersteller	3	29	324	2	66,6
Nicht beendet	5	385	50 092	—	—
Gesamt	75	7638	292 894	38	50,6

Bekleidungsindustrie:

	Streiks	Beteiligte	Ausgabe	Erfolgreiche Streiks	Proz.
Blumenarbeiter	1	7	424	—	—
Büchsenmacher	1	10	191	1	100,0
Putzmacher	4	35	13 96	3	75,0
Mantelhersteller	7	276	9007	3	42,8
Schneider	11	820	21 120	8	72,7
Schuhmacher	33	2015	392 86	12	36,3
Nicht beendet	2	115	2221	—	—
Ausperrungen	1	23	176	1	100,0
Gesamt	60	3291	73 771	28	40,8

Sonstige Gewerbe:

Barbiere	1	12	—	4	—
Bergarbeiter	6	3475	5182	—	90,0
Blasarbeiter	47	6395	69 387	29	42,5
Blasarbeiter	6	344	63 442	3	50,0
Gasarbeiter	2	629	98 450	1	50,0
Handels-Transportarbeiter	46	3555	94 656	17	37,0
Kocher	10	68	1728	6	60,0
Kochgeschirrabarbeiter	7	376	94174	2	28,6
Kocher	8	111	3518	4	50,0
Lehrer	1	165	2025	1	100,0
Lehrer	12	651	8586	7	58,3
Nicht beendet	4	197	10 550	—	—
Ausperrungen	13	2404	138 223	1	7,7
Gesamt	161	18 702	516 250	66	41,0

Die Anmerkung (*) bei den einzelnen Organisationen in dieser Tabelle besagt, daß die Organisation bei einer größeren Anzahl Streiks beteiligt war, als hier angegeben. Es kommt häufig vor, daß mehrere Organisationen an einem Streik oder an einer Ausperrung beteiligt sind und wird in solchen Fällen der Streik oder die Ausperrung nur einmal, und zwar bei der Organisation gezählt, welche entweder im Vordergrund der Bewegung stand oder die meisten Beteiligten dabei hatte. Der Verband der Bauarbeiter z. B. war im letzten Jahre außer an den 23 Streiks, die er allein führte, noch an 32 Streiks der Maurer mit seinen Mitstreikern beteiligt, sowie an 12 Ausperrungen im Bauwerke. Diese Streiks und Ausperrungen sind in der Statistik nur einmal, und zwar bei dem Verband der Maurer gezählt, während die Zahl der beteiligten Bauarbeiter selbstverständlich bei dem Verband der Bauarbeiter eingerechnet sind. Diese Zählmethode ist notwendig, weil anders die Zahl der Streiks durch Doppelzählung bedeutend erhöht würde, während doch jeder Konflikt, an dem mehrere Organisationen beteiligt sind, nur einmal in der Statistik gezählt werden darf. Für das Jahr 1901 sind in 117 Fällen bei Streiks und in 20 Fällen bei Ausperrungen die Doppelzählungen ausgeschlossen. Dadurch ergibt sich dann aber, daß die Zahl der Streiks bei einzelnen Organisationen nicht mit der übereinstimmt, die in der Statistik des betreffenden Verbandes veröffentlicht worden ist.

Die größte Zahl der Arbeitskonflikte war im Baugewerbe zu verzeichnen, dann folgte die Holzindustrie. Es waren:

Streiks u. Ausperr.

	Streiks u. Ausperr.	Beteiligte	Ausgabe	Erfolgreiche Streiks	Proz.
im Baugewerbe	644	61 391	267 1872	335	51,9
in der Holzindustrie	419	22 492	1 265 379	282	67,3
in der Metallindustrie	231	19 798	119 250	116	50,2
in der Nahrungs- u. Genussmittelindustrie	75	7638	292 894	38	50,6
in der Bekleidungsindustrie	60	3291	73 771	28	46,6
in der graphischen Gewerbe	35	2635	106 289	13	34,3
in sonstigen Gewerben	161	18 702	516 250	66	41,0
Gesamt	1625	135 957	5 531 311	878	53,7

Im Jahre 1903 waren Streiks und Ausperrungen im Baugewerbe 504 mit 13 603 Beteiligten, in der Holzindustrie 217 mit 7587 Beteiligten, in der Metallindustrie 199 mit 32 799 Beteiligten, in der Nahrungs- und Genussmittelindustrie 53 mit 1333 Beteiligten, in der Bekleidungsindustrie 71 mit 11 890 Beteiligten und im graphischen Gewerbe 52 mit 978 Beteiligten. In der Metall- und in der Bekleidungsindustrie ist die Zahl der Beteiligten im Jahre 1901 wesentlich geringer gewesen als im Jahre 1903, während im Baugewerbe und in der Holzindustrie ein enormes Steigen der Beteiligungsziffer zu verzeichnen ist.

II.

Die Angriffsstreiks.

Im Jahre 1901 wurden 886 Angriffsstreiks, gleich 54,5 Proz. der gesamten Streiks und Ausperrungen geführt, von denen 19 am 1. Januar 1905 noch nicht beendet waren. Beteiligt waren an den Angriffsstreiks 79 085 männliche und 2312 weibliche, zusammen 81 427 Personen. Der Verlust an Arbeitszeit konnte mit 1 251 500 Arbeitstagen, wovon 39 276 Tage auf die weiblichen Beteiligten entfielen, für 72 560 von den 81 427 Beteiligten festgestellt werden. Der Verlust an Arbeitsverdienst betrug für die 72 560 Beteiligten 1 901 207 Mk. Veranschlagt wurden für diese Streiks 3 121 709 Mk.

Von den Streiks wurden 24 mit 1095 Beteiligten im Verlauf der Arbeitszeit geführt. Erfolgreich waren von diesen Streiks 17, teilweise erfolgreich 3. Vollen Erfolg erzielten 556, teilweise Erfolge 260 Streikende. Im Lohnerböhung wurden 140 Streiks geführt, wovon 292 mit 21 805 Beteiligten mit vollem Erfolg und 193 mit 11 215 Beteiligten mit teilweisem Erfolg für die Arbeiter beendet wurden. 303 Streiks fanden statt zur Durchführung

von Forderungen auf Arbeitszeitverkürzung und Lohnerböhung. Von diesen endeten 160 mit vollem und 97 mit teilweisem Erfolg. Vollen Erfolg hatten 11 127, teilweisem Erfolg 12 139 Streikende. Die weiteren 79 Angriffstreits wurden wegen Durchföhrung der polizeilichen und gerichtlichen Arbeiterkühn Vorrichtungen, wegen Befestigung unzulässiger Personen, oder aus anderen Ursachen geführt. Insgesamt waren von den Angriffstreits 57,1 Proz. erfolgreich und 11,6 Proz. teilweise erfolgreich. Vollen Erfolg erzielten bei den Angriffstreits 37 882 und teilweisem Erfolg 21 128 Streikende. In den funfzehn Jahren von 1890 bis 1904 sind 1606 Angriffstreits — 50,5 Proz. aller Streits zu verzeichnen. Beteiligt waren an diesen Streits 589 271 Personen. Veranlaßt wurden für die Streits 17 661 109 Mk. Erfolgreich waren 22 15 — 51,5 Proz., teilweise erfolgreich 1250 — 28,7 Proz. und erfolglos 861 — 19,8 Proz. dieser Streits. Von 1900 bis 1904 war für die in diesem Zeitraum geföhrten 2583 Angriffstreits mit 277 388 Beteiligten ein Verlust an Arbeitszeit von 1 129 399 Arbeitstagen zu verzeichnen.

Seit dem Jahre 1900 können nähere Angaben über den Erfolg, welchen die Beteiligten bei den Streits insgesamt und bei den einzelnen Arten der Streits hatten, gemacht werden. In der folgenden Tabelle sind für die letzten 5 Jahre die Erfolge in absoluten und Prozentzahlen für die Angeriffenen im allgemeinen und für die Streits, die um Arbeitszeitverkürzung und Lohnerböhung geführt wurden, dargestellt.

Jahr	Zahl der Streits	Zahl der Beteiligten	Vollen Erfolg				Teilweises Erfolg			
			Streits		Beteiligte		Streits		Beteiligte	
			Zahl	Prozent	Zahl	Prozent	Zahl	Prozent	Zahl	Prozent
Angriffstreits.										
1900	514	80786	207	40,1	27 066	31,5	161	31,3	39088	38,1
1901	291	22591	109	37,4	6487	28,5	72	24,6	7241	31,8
1902	289	2869	117	40,4	8014	24,5	71	24,7	15556	54,7
1903	603	53701	281	46,6	17042	31,7	154	25,7	22279	41,6
1904	82	81422	49	59,6	35822	43,7	213	24,9	21428	30,0
Ges.	258	277388	125	48,5	90581	31,9	799	27,1	104922	37,7
Verkürzung der Arbeitszeit.										
1900	16	4118	11	68,7	1291	31,1	2	12,5	25	0,6
1901	5	188	3	60,0	72	38,2	1	20,0	44	23,4
1902	1	1	1	100	6	100	—	—	—	—
1903	35	1241	7	19,8	55	4,4	2	15,4	85	6,8
1904	24	1076	17	70,8	56	51,8	3	12,5	290	23,7
Ges.	79	6648	39	49,1	1980	29,8	6	7,6	414	6,2
Lohnerböhung.										
1900	284	31681	35	12,3	1598	4,7	64	21,4	10784	34,7
1901	127	11723	55	42,8	4127	34,7	34	26,7	3766	32,7
1902	185	17899	87	46,9	6623	37,1	41	22,0	6700	37,4
1903	321	27908	163	50,4	7347	26,3	85	26,3	14954	51,1
1904	489	16991	292	60,0	21895	12,8	101	20,5	11245	25,2
Ges.	1399	12912	692	49,5	32750	25,3	227	16,2	46888	35,9
Verkürzung der Arbeitszeit und Lohnerböhung.										
1900	249	42599	104	41,8	11199	26,7	88	35,3	21827	44,7
1901	109	6016	37	34,3	1815	29,7	51	47,2	3254	52,5
1902	60	16587	17	28,3	1456	10,8	26	43,4	10992	77,2
1903	200	22581	85	41,9	8596	38,0	77	27,2	7297	33,6
1904	303	31127	192	61,8	11127	35,7	97	32,0	12149	38,7
Ges.	929	12991	491	48,8	33187	29,2	319	34,3	39629	44,9

In den letzten fünf Jahren sind die Streits um gröfsten Teil um Lohnerböhung geführt, nämlich 1319 Streits mit 132 912 Beteiligten, während bei 929 Streits mit 123 061 Beteiligten Verkürzung der Arbeitszeit und Lohnerböhung und bei 59 Streits mit 6618 Beteiligten nur Arbeitszeitverkürzung gefordert wurde; jedoch waren von den letzteren 66,1 Proz. erfolgreich, während 52,5 Proz. der Streits um Lohnerböhung und 43,8 Proz. der Streits um Arbeitszeitverkürzung und Lohnerböhung erfolgreich waren.

(Zchluss folgt.)

Koalitionsrecht und Koalitionsverbot!

Aus Halberstadt kommt die kaum glaubliche Kunde, daß zwölf Gasarbeiter entlassen sind, weil sie sich gewerkschaftlich organisierten. Sie sind also aus Lohn und Brot gekommen, indem sie ein gesetzlich gewährleistetes Recht ausübten.

Dem Herrn Direktor des Gaswerkes, Zink mit Namen, ging die Gründung einer Gewerkschaft nach den Anschauungen, wie Arbeiter eine solche haben wollen, wider den Strich. Ihm schwebte als Bild eine Unterhaltungsvereinigung unter seiner Leitung vor. Als folgender Vater „seiner“ Leute ließ er dabei, als ihm die Gründung der Ähale unseres Reichendes bekannt geworden war, sofort alle „seiner“ Arbeiter verjammeln. Auch die Nachschichtleute konnten daran teilnehmen.

Hier hielt er ihnen nun das Frevelhafte ihres Regiments, die Stärkung des sozialdemokratischen Terrorismus, vor. Unschuldig

sei es doch bei dieser Neugründung nur auf die Verbeugung der Arbeiter abgesehen. Bis her habe er Frieden und Freude mit seinen Leuten gehabt und jetzt solle mit einem Male die Zwietracht und Begehrlichkeit einziehen: so etwas könne er nicht dulden. Auf seinem Werke sei doch alles aufs beste bestellt und da müsse er diesen Streikfrieden die Fär weisen. Da der Vorstand der neuen Organisation nicht zurücktreten wolle, so sei das Ficktsch zwischen ihm und diesem zerkschnitten.

Der Vorstand, 6 Mann, wurde deshalb gleich aus der Versammlung heraus — die fand in einer Wirtshaus statt — entlassen. Dieser Fried sollte offenbar die Anwesenden einschüchtern und ganz selbstverständlich verfehle er auch nicht eine augenblickliche Wirkung. Bei der vom Herrn Direktor vorgenommenen Abstimmung, per Affirmation natürlich, stimmten denn auch nur 6 Mann für Berlin (Verband) und alle übrigen für Halberstadt (Organisation von Direktors Gnaden). Diese 6 wurden ebenfalls gleich entlassen, und zwar mit der Motivierung, daß er solche Arbeiter, die einer Nebenorganisation angehören, nicht brauchen könne.

Wir nehmen nun nicht an, daß die höheren Instanzen diese offenkundige Verletzung der Koalitionsfreiheit gutheißen. Die Entlassenen haben sich deshalb, mit dem Ersuchen um Wiederentlassung in den Dienst, an den Magistrat gewendet, und hoffen, daß dieser dem entsprochen wird.

Da die Verhandlungen noch schweben, so begnügen wir uns für heute mit der Wiedergabe dieser Tatsachen. In nächster Nummer werden wir weiteres berichten.

Aus unserer Bewegung.

Hant Wilhelmshaven. Versammlung am 15. Januar. Nach Erledigung der Verhandlung über die hiesige Tätigkeit unserer Ähale (seit vor kurzem als Neben-Ähale) wurden folgende Beschlüsse gefasst: Vomers, Fehmann, Bohmann, Moos und Knoblich. Nachdem wurde berichtet, daß auf unsere Einlage betreffend Vereinsangelegenheiten noch immer keine Antwort vom Gemeinderat eingegangen ist. Ebenso wurde bekannt, daß man die Arbeiter und Anwohner der Okremende Pant noch immer nicht gehörig aufgeklärt habe über die Gemeinderatsentscheidung. Ideen vor einigen Jahren sei das Gesetz vom Gemeinderat beschlossen worden, aber der durch beteiligten und Interessierten habe man nichts mitgeteilt. Der Gemeinderat soll nun erjudet werden, allen nützlichen Arbeitern und Anwohner die fraglichen Bestimmungen zu erläutern, damit die Angehörigen wenigstens wissen, wozu sie sind. Mit einem kräftigen Appell zur Mitarbeit wurde die Versammlung geschlossen.

Ähale Groß-Berlin. Am Mittwoch, den 21. Januar, abends 8½ Uhr, fand eine öffentliche Generalversammlung der Ähale statt. Möllens G. Tittmer gab in lausigen Ausdröckungen den Gemeinderatsbericht für das Jahr 1905, in welchem er umfänglich alle bedeutsamen Gruppen der Bewegung im angegebenen Zeitraum einer kritischen Beleuchtung unterwarf, um schließlich denjenigen Möllens, die als Parteimitglieder und sonstige Enwählte im vollen Maße ihre Pflicht erfüllt hatten, den Dank der Ähaleleitung auszusprechen. Auf die Enwählten des Vereins einzugehen, kamen wir an dieser Stelle unterlassen, da wie üblich der Ähale in Kürze in der „Gewerkschaft“ veröffentlicht werden wird. Auf ein Punkt soll herausgehoben werden, der auch — ganz jener Bedeutung im die Ähale Berlin entsprechend — in der dem Bericht folgenden Beschlüssen einen besondern Raum einnahm. Es handelt sich um den Punkt in Nr. 3 der „Gewerkschaft“ über eine Änderung der Parharbeiter beim Aufeinander Reide. Möllens Tittmer hatte in seinem Bericht erklärt, daß zwar die ganze Art des Empiranges durch den Berliner Gemeinderat annehmbar abfcheide von allen ähnlicher Art und gewiß auch anerkannt werden möge. Eine Einzelmaßnahme könne aber unmöglich — wie es nach dem angegebenen Bericht den Änderern erwidert konnte — als unparlamentarisch nicht annehmbar werden, als ob den Berliner Möllens die vollen Rechte nur so ganz ohne Neben in den Schatz stellen. Dem sei doch wohl nicht so; zeigen doch manche Parteimitglieder aus dem Munde anderer Parteimitglieder gerade nur das Gegenteil. Die weitestgehende Annehmbarkeit ist gewiß zu verzeichnen: einmal deshalb, weil die Entscheidung von dem Vorhaben der Parharbeiter mit keinem Worte in Erwähnung werden sei, obwohl dies zweifellos nicht gewesen wäre. Einmal deshalb, weil die Entscheidung über die Form des Vereins, wie er in der „Gewerkschaft“ erschienen ist; denn diese mußte bei den Möllens andere Ähale ein ganz falsches Bild der Berliner Parteimitglieder hervorgerufen. — Gegen diese Auffassung vertritt zwar Möllens Pant die Parharbeiter in Schutz zu nehmen; doch mußte er wie seine Zentralskollegen aus den Ausführungen der übrigen Parteimitglieder und der Stellung der ganzen Versammlung die Notwendigkeit machen, daß ihr Vorhaben allseitig verurteilt wurde. Der Maßnahmenschuß lag den Versammelten gedruckt vor, so daß sich der Möllens, Möllens Tittmer, nur einem bescheidenen Aufschrei und einem kurzen Gemoos-Waagen konnte. Der Abschluß des 4. Quartals betrug ein Einnahme und Ausgabe mit 22 200,27 Mk. Aufwand war am 31. Dezember in der Ähalelast: 8900,17 Mk. Die Ausgaben der

Aktive bezifferten sich auf 4312,55 Mk. An die Hauptkasse wurden 8271,30 Mk., an das Zweigbüreau 459,05 Mk. und an die Gewerkschaftskommission 220,60 Mk. abgeliefert. Für den Hauptfonds der Gasarbeiter gingen 2558,55 Mk. ein, so daß derselbe unter Berücksichtigung des Hebertrages vom 3. Quartal mit 227,10 Mk. jetzt einen Bestand von 2785,95 Mk. aufweist. Die Mitgliederzahl stellte sich am Schluß des Quartals auf 5455, so daß eine Zunahme von 233 gegen das vorige Quartal zu verzeichnen ist. Eine Diskussion über die Auktionsangelegenheiten für die Aktive Groß Berlin. Diese ergaben das folgende Resultat: Auktionsvorstand: Ziebig und Krenzlow, Vorsitzende; Hoffmann, Masferrer; Ellenbed, Masphul, Rehr, Paul Schulz, Kemper, Mevior; Postkart, Puch, Merwin. Vertreter in der Gewerkschaftskommission: Eitmer, Ziebig, Meins, Merwin, Linnar, Wulfn. Vergütungsansprüche: Pallentin, Pord, Kreutz, Ziebig. Zum Punkt Verbandangelegenheiten referierte Kollege Eitmer über die Verhältnisse des Auktionsvorstandes und der einzelnen Auktionsstellen. So soll die Auktion der Aktive und der Hauptkasse künftig im Urbezirk eine getrennte sein. Ferner ist beabsichtigt, in Kürze eine Prospektur herauszugeben, in welcher die gesamten Lohn- und Arbeitsverhältnisse der zum Auktive Groß Berlin gehörenden Gruppen der städtischen Arbeiter eingehend dargestellt werden. Ferner sind Vorschläge, wie auch der zunächst provisorische in ein Vierteljahr beantragte Einführung einer Kommandoarbeit in der Gas- und Wasserwerke eingehend zu prüfen. Kollege Ziebig teilt mit, daß der bisherige Verbandvorsitzende Pordich von seinen Posten zurücktreten und Medalla einer im Frühjahr erscheinenden Jahrbuch festlegen über die Auktionszeitung geworden sei. Hierzu ist vom Kollegen Masphul folgende Resolution eingebracht, die gegen wenige verneinliche Stimmen zum Beschluß erlassen wird:

„Die Versammlung beauftragt mit Genehmigung das Aussehen des bisherigen Verbandvorsitzenden Pordich, welcher sich seit längerem im Gegensatz zu großer Mehrzahl der Berliner Verbandskollegen befindet. Die Versammlung sieht nach wie vor auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung und hält das Band in Solidarität von Gewerkschaft und Partei für unbedingt erforderlich.“

Mit einem Hoch auf die Bewegung und den Verband wurde die Versammlung vom Vorsitzenden, Kollegen Ziebig, um 11 Uhr geschlossen.

Berlin. Eine Betriebsversammlung des Gaswerkes Schönepetra (Sektion IV, Englische Gasanstalten), welche am Montag, den 22. Januar, bei Licht in Schönepetra stattfand, nahm die Resolution der Vertrauensleute vor. Im weiteren wurde nach lebhaftem Ansprache Vorschläge beschlossen, die folgenden Forderungen für die nächsten Beratungen des Arbeiterausschusses einzubringen: 1. Das Lohnauschreiben beim Anstellungsvertrag mit Rücksicht auf die Schwere und sehr schmutzige Art dieser Arbeit besonders zu berücksichtigen. 2. Die Monatslöhne für die Soldaten der Kompanie sind zu erhöhen, und zwar für 10.000 Soldaten um 2,00 Mk. (bisher 1,60 Mk.), 12.000 Soldaten um 2,10 Mk. (bisher 2,00 Mk.), 15.000 Soldaten um 3,00 Mk. (bisher 2,10 Mk.), 20.000 Soldaten um 4,00 Mk.; außerdem ist jede Zeit Entlohnung mit 1,20 Mk. zu belegen. 3. Beim Mobilisieren im Aktive ist zum Verurteilen der Arbeiter, zum Stempelverändern und Anordnungsarbeiten der Soldaten ein besonderer Arbeiter zu stellen. 4. Das gleiche ist zum Anmelden der Arbeiter im Arbeiterhaus notwendig. 5. Für die Holzsauger und Kumpen mit neue Handhabe zu liefern und nicht, wie bisher, die von dem Arbeiter abzugeben; dies letztere ist aus hygienischen und anderen Gründen verwerflich. — Mit einem beifälligen Beschlußwort des Kollegen Stenzel wurde die Versammlung geschlossen.

Berlin XV. Am 13. Januar hielt Kollege Wulfn einen lebhaften Vortrag über Sozialen und Arbeiter, der von den Anwesenden mit Interesse verfolgt wurde. Kollege Wulfn gab den Sachverhalt des Jahres 1905 an und wurde es mit Akten versehen, daß trotz der Sonderzüge die von verschiedenen Herrn den Verband bereit werden, ein so starkes Steigen der Mitgliederziffer zu verzeichnen ist. Dem Vortrage wurde Debatte erteilt. Der Referent forderte zur raschen Annahme für den Verband auf und schloß zu seiner Stunde die sehr interessante Versammlung.

Colmar. Obgleich unsere Aktive ist noch sehr jung, aber unsere Bewegung am Platze ist trotzdem schon sehr lebhaft. Am 11. Januar veranstalteten wir eine große Volksversammlung, um einmal die Gewerkschaft zum Standpunkt eines städtischen Arbeiters zu bezeichnen. Der Referat war für unsere Verhältnisse geeignet, über 600 Teilnehmer. Natürlicher diente sich die Diskussion in der Haupt Sache um Lohnfragen und andere Behandlung. Der Auktionsvorstand, Kollege Weid, habe in seinem Referat u. a. aus, daß die gemeindliche Sparpolitik oftmals und zum Schaden der Arbeiter am verkehrten Ziele emfasse. Lohnfragen könne es in anderer Beziehung nicht genug geben. Im Strafzettel werde munde Ausgese gemacht, die sich vermeiden läßt und Medien wies dabei auf ein ganz bestimmte Beispiel hin. Wie ganz lehrhaft und mit wie wenig Mühe auf die städtischen Arbeiter dienen würde, ergebe

sich aus den Entlassungen kurz vor Weihnachten, welche Verfügung regelrecht im Aktive ausgesprochen, zurückgezogen und wieder ausgesprochen wurde. Der Herr Bürgermeister war in dieser Sache nicht zu sprechen. Der Beigeordnete Schmeier erklärte an Stelle des Bürgermeisters, daß seine Arbeit nicht da sei und die Arbeiter konnten doch nicht in den Zettel gesetzt werden. Keine Auffassung! Wenn aber große Ehrenfeste veranstaltet werden sollen, dann sei Geld da, auch für vieles andere, was nach Meinung der Arbeiter höchst überflüssig ist. Auf anderer Seite werden aber städtische Arbeiter während der Dienstreise auch für Privatarbeiten dieser Beamten verwendet. Das schädige natürlich den Stadtsäckel nicht. Der Referent behandelte eingehend das „Mittagreich Johrer“. Dieses „Mittagreich“ müsse bestrafte werden.

Herrn Johner warf er im einzelnen vor, daß städtische Anstellungen Privatarbeiten für ihn selbst ausführen müssen. Die Gewerkschaft müsse bei dem Direktor zwar von Herrn Beigeordneten Mierer beauftragt werden, es frage sich aber, ob Herr Johner zu seinen 5000 Mark Gehalt noch Nebenverdienst betreiben müsse. Ferner seien einmal für private Zwecke des Direktors bis nachts 12 Uhr Zimmern angefordert worden und als die betreffenden Beamten des anderen Morgens zu spät ins Bureau kamen, seien sie von Herrn Johner noch scharf getadelt worden. — Dem nächsten Punkte ist Verhältnissen gekündigt worden, weil angeblich dessen Feste überflüssig geworden ist. Das scheint aber nicht der Fall zu sein, weil Herrn Rinte zu Neujahr 129 Mark für Überstunden ausbezahlt wurden. Ferner ist dessen Feste auch deshalb aufrecht zu erhalten, weil die Trambahn nach dem neuen Bahnhof verlängert wird. Nach Weid's Ansicht ist Rinte's Feste deshalb überflüssig, weil Herr Rinte zu gut weiß, wie es in den Johner'schen Betrieben zugeht.

Der Referent schilderte ferner den überall löchlichen Betrieb der Lademachine am Gaswerk und betonte, in anderen Städten mit größeren Werken sei eine solche nicht beschafft worden. Die Pumpmaschine am Wasserwerk sei ferner nach ihrer Ausarbeitung verschliffen worden, das sei auffällig gewesen. — Den Trambahnangelegenheiten sei eine Lohnerhöhung von 10 Pf. täglich in Aussicht gestellt worden, falls sie den Mehrbetrag auf der Spantasse anlegen wollten. — Ein Schreiner soll vier Wochen lang Subversivale für Herrn Johner gebaut haben. — Von der Stadtärmerei ist den Arbeitern verboten worden, die Petition der Gemeindearbeiter um Lohnerhöhung zu unterzeichnen.

Der Referent bespricht nun mit Bezugnahme auf die Straßburger Verhältnisse die Eingabe, die die hiesige Aktive des Verbands an die Stadtverwaltung und den Stadtrat gerichtet hat und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die verlangten Lohnerhöhungen bewilligt werden.

In die Debatte griffen auch mehrere angefehene Bürger Colmars ein und bekundeten den städtischen Arbeitern ihre Sympathien. So dankt er, mit lebhaftem Beifall bezeugt, Genosse Fernet aus Straßburg das Wort und erläuterte die ärmlichen Straßburger Arbeitsbedingungen. Er zeigte den Arbeitern Colmars den Weg einer selbstständigen und entschiedenen sozialen Kampfmittel. Unseren Kollegen empfahl er speziell den festen Zusammenhalt im Verbands der städtischen Arbeiter. Nach einem kräftigen Beschlußwort wurde folgende Resolution angenommen:

„Die Versammlung protestiert mit aller Entschiedenheit gegen die Entlassung des Betriebsinspektoren Rinte; sie verlangt die Wiedereinstellung desselben in seine frühere Stellung; sie fordert die sofortige Abweisung des Herrn Johner und erwartet, daß die Forderungen der städtischen Arbeiter nach Lohnerhöhung von der Stadtverwaltung unverzüglich einer Prüfung unterzogen und alsbald dem Gemeinderat zur Beschlußfassung vorgelegt werden.“

Elberfeld. In der am 19. Januar stattgefundenen Generalversammlung, die sich eines guten Besundes erfreute, gab zunächst Kollege Maul den Monatsbericht für das abgelaufene Vierteljahr, aus dem die erfreuliche Tatsache hervorgeht, daß die Aktive einen schönen Fortschritt gemacht hat. Dem Vortrage wurde Debatte erteilt. In den Vorstand werden die Kollegen Dinde, Hoffmann, Maul, Fuß, Vertraam, Krißbeil und Wechs gewählt. In Referenten wurden die Kollegen Jable und Eadsborn bestimmt.

Marlortube. Generalversammlung am 6. Januar 06. Aus dem vom Auktionsvorstand erstatteten Jahresbericht erwarben wir, daß unsere Marlorter Aktive im verflohenen Jahre viele Schwere hatten und Kämpfe zu überwinden hatte. Man hatte gar nicht glauben sollen, daß unter einer liberalen Stadterwaltung solche koalitionsfeindliche Praxis sich entwickeln kann wie hier geschah. Was muß den Arbeitern alles „Wohlböden“, wenn sie nicht vereinigen sollen? Den Verbandsmitgliedern wird das Leben nach Noten soner gemacht, sie dürfen keine Versammlungszettel und keine Verbandszeitungen mit in den Betrieb bringen und dort in den Pausen verteilen. Das ist hier streng verpönt. Man muß verstehen, die die Protection des hohen Stadtrats genießen, haben alle möglichen Freiheiten. Demen schenkt man zu Weihnachten sogar noch Bargeld zur Minderbezahlung. Zur Verbandsmitgliedschaft hat man die Entlassung, und zwar nur vor der „Ausführung“ der Jahresrechnung. Die Verwaltung sollte bedenken, daß solche Maßnahmen wenig geeignet sind, die Arbeiter vom staatsfeindlichen Wohlwollen zu überzeugen und außerdem steht es

liberalen Männern schlecht an, koalitionsrechtliche Bestrebungen der Arbeiter mit solchen Mitten zu verfolgen. Bemerkenswert ist die Herausgabe des neuen Arbeiterkalenders. Einige Verbesserungen werden anerkannt, aber es hätte mehr gegeben können, zumal wenn auch die Arbeiter besser zusammengehalten hätten. Sichtlich hat es im neuen Jahre mit der blöden Vereinsmeierei und Zerstückelung unserer organisatorischen Kräfte ein Ende. Wie hier städtische Arbeiter behandelt werden, geht unter anderem aus folgendem Vorgang hervor: Die Arbeiter im Stadtpark wollten die Einführung der achttagigen Lohnzahlung beantragen, da ihnen die gegenwärtige vierzehntägige Lohnzahlung gewisse Schwierigkeiten bereitet. Der Herr Direktor ließ sich nun in folgender Weise abstimmen: „Die Sache zur rechten und die Lode zur Linken.“ Die Lode waren in diesem Falle diejenigen, welche für den Antrag waren. Nachher begann sich wohl der Herr darauf, daß dieser Abstimmungsmodus am Ende auch von anderer Seite beanstandet werden könnte und er ließ abstimmen wie es sich gebar. Nach Erledigung der Berichterstattung wurden folgende Resolutionen gewählt: Schulte, Wundt, Dod, Herrich, Jäger 11, Meig, Rothmann und Seith. Sodann wurde bekannt gegeben, daß an jedem ersten Sonnabend im Monat Anmeldungen in der Schumpel und somit alle Tage beim Kollegen Wundt, Humboldtstraße 19 IV, entgegenzunehmen werden.

Möln. Generalversammlung vom 20. Januar. Den Jahres- und Kassensbericht erstattet Kollege Schäfer. Die Mitgliederzahl betrug bei Ablauf des Vierteljahres 302, gegenwärtig über 100. In den Vorstand wurden gewählt: 1. Vors.: Mautenberg, 2. Vors.: K. Keimann; Schriftführer: S. Kraak und J. Kugel; Kassierer: S. Thendel; Revisor: B. Heben und J. Klein. Zu stellvertretenden wurden bestimmt: Mautenberg, Schäfer und Keimann; zu Revisoren: A. Stuhling, A. Schröder und W. Schäfer. Kollege Schäfer begründete nun eine Vorlage des Vorstandes, ab 1. Februar den Wochenbeitrag von 20 auf 30 Pf. zu erhöhen. Der Beibrtrag soll zur Erweiterung des Verbandsekreterats, zur Deckung der Beiträge zum Kartell und zum Arbeitersekretariat, der Delegierten sowie zur Einführung einer Mandantenvertretung Verwendung finden. In der Diskussion trat man allgemein den Ausführungen des Redners bei. Die Vorlage des Vorstandes wurde in geheimer Abstimmung mit 101 gegen 2 Stimmen bei enger Stimmhaltung angenommen. Das Resultat wurde mit lebhaftem Beifall begrüßt. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten fand die Versammlung ihren Abschluß.

Forstheim. Generalversammlung am 14. Januar. Kollege Bürker Stutzgart gab in einem Vortrage einen Rückblick auf das verfloßene Jahr. Darin spielte naturgemäß der Casarbeitsstreit eine große Rolle, war dies doch das wichtigste Ereignis unterer Arbeiterschaft. Als Gründe, warum dieser Streit verloren ging, führte Redner hauptsächlich an, daß 25 organisierte Kollegen Streikbrecher geworden waren und auch, daß die Haltung des damaligen Verbandsvorsitzenden, als er den Verbandsvorstand hier vertrat, schwach war. Kollege Birkbach ergänzte diese Ausführungen durch einen Bericht über die gerichtlichen Nachspiele dieses Streiks. Ein Kollege erhielt 6 Monate 3 Wochen Gefängnis; drei Kollegen je vierzehn Tage Gefängnis. An Geldstrafen wurden verhängt über drei Kollegen je 25 Mark, ein Kollege 10 Mark und zwei je 5 Mark, und alles wegen reiner Vagatelien! Das ist der Schutz der Arbeitswilligen! Folgende Kollegen werden wieder in die Kartellleitung gewählt: Birkbach, Schöpf, Kling und Abel. Als Revisoren: Keller und Lab; Kartelldelegierte: Steuffer, Richardson und Schäfer. Vom 20. Januar ab werden die Beiträge durch den Unterassistenten aus dem Hause abgeholt und auch die Verbandszeitung ins Haus geschickt. Nach einem kräftigen Schlusssatz des Vorsitzenden fand die Versammlung ihren Abschluß.

Schöneberg. Sektionsversammlung am 31. Dezember. Kollege Artz sprach über das Thema „Warum organisieren wir uns?“ Der Referent behandelte in seinem Vortrage einen Teil unseres Programms und beleuchtete das Arbeitsverhältnis eines städtischen Arbeiters im Rahmen der täglichen Praxis. Er wußte treffend die vielen Nöte und Schikanen, unter denen die Arbeiter zu leiden haben, aus eigener Erfahrung zu schildern. Der Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen und löste eine lebhaft Diskussion aus. Da wurde darauf hingewiesen, welche Vorteile schon das eine Jahr langer Verbandarbeit für alle städtischen Arbeiter gebracht habe, daß Arbeitsverhältnisse eingeführt worden seien und die Melitenverpflichtung folgen werde. Dennoch gebe es in Schöneberg viele städtische Arbeiter, die unserem Verbands nicht nur fremd, sondern sogar feindselig gegenüberstehen. Da ist z. B. der Erwerb in der Straßengemeinde auf „Kunsthändler“ Grundlage, der uns belämpft. Diese guten Verbände haben aber noch mehr getan. Sie reichten ein Gesuch beim Magistrat ein, in dem sie um Schutz gegen den Verband bitten! Dabei bereifte man nicht, daß von 87 Straßengemeinden vier ganze Mann erst ihre Massenlage bestritten haben. Wegen dieser vier Verbandskollegen wird der Schutz des Magistrats angezweifelt. Im Wunschtage liegt die Sache aber umgekehrt! Unsere Verbandskollegen sind vielen Schikanen, Plackereien, Drangsalierungen und Angriffen ausgesetzt und dies hätten eher alle Ursache sich darüber zu beschweren und Schutz zu erbitten. Aber so niederknietend und

feige sind unsere Verbandskollegen nicht und überlassen diese Winkelzüge den „Kunsthändlern“. Nach Erledigung verschiedener Sektionsangelegenheiten und Verlegung der Sektionsversammlungen auf jeden dritten Sonntag im Monat, wurde die Versammlung mit einem Appell an die Kollegen auch im neuen Jahre recht eifrig die Verbandarbeit zu betreiben geschlossen.

Niesbaden. Okeralversammlung am 11. Januar. Der Kollege Weber gab den Kassensbericht, der einen Bestand der Kasse von 168,75 Mk. aufwies. Die Abrechnung vom Weihnachtsfest ergab einen Ueberschuß von 13 Mk. Nach Entgegennahme des Berichtes der Revisoren, die alles in bester Ordnung gefunden haben, wurde dem Kassierer Deklaration erteilt. Die Mitgliederzahl der Sektion stieg von 119 zu Anfang des Jahres auf jetzt 329. Dieses Resultat anermünder Arbeit aller Kollegen wurde beifällig begrüßt. Nachdem der Vorsitzende seinen Jahresbericht erstattet, wurden die Kollegen Kb. Schäfer, Weber, Wundt, Köpfl. Aler Schäfer als Verbandsfunktionäre wiedergewählt. Dann erfolgte die Erledigung mehrerer interner Angelegenheiten.

Würzburg. Versammlung am 6. Januar. Es waren über 200 städtische Arbeiter zugegen. Arbeitersekretär und Magistratsrat Oberbaur referierte über den Vobnart und die Arbeitsordnung der städtischen Arbeiter. In einem einstündigen Referat unterzog Oberbaur die seit 1. Januar d. J. in den Händen der städtischen Arbeiter befindliche neue Arbeitsordnung einer scharfen Kritik und behandelte besonders die Forderungen betreffend unzulässige Arbeiter, Vobnart und Pensionstafel usw. Es ist sehr bedauerlich, daß die Herren Stadtväter über 2 Jahre dazu brauchen, eine Arbeitsordnung anzubahnen, und zwar noch so, daß alle die den Arbeitern gemachten Versprechen nicht erfüllt werden sind. Noch trauriger nicht es mit dem verprochenen Vobnart und der Zurückziehung des Arbeiterausdusses aus. Der Ausduss wurde zwar gewählt, aber nicht geholt. Herr Bürgermeister Angewinn war für die Einführung eines Vobnart, aber seine Vorlage wurde nicht angenommen. Die Vorlageentscheide entsprache nun ganz und gar nicht den Anforderungen, die man an eine Gemeinde stellen müsse, und außerdem habe man die vielen guten Beispiele anderer Städte im Deutschen Reich ignoriert. Diese Institution sei nur eine Entlastung der Amenten auf Kosten der Arbeiter. (Allgemeiner Beifall.) Und das seien die Herren im Magistrat dann noch soziale Rückfrage. Nun kann Referent nicht verstehen, wie es noch heute gibt unter den städtischen Arbeitern, die für all diese Maßnahmen noch ein Vertrauensvotum aussprechen können. Ein Vertrauensvotum wäre am Platze gewesen. Gerade diese Arbeitsordnung müsse doch endlich alle städtischen Arbeiter zur Vernunft bringen und zur Erkenntnis, daß der Anschluß an die Organisation der Gemeindefabrik notwendig ist. Nur so ist es den hiesigen städtischen Arbeitern möglich, eine Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu erzielen. (Lebhaftes Bravo!)

In der Diskussion wurden viele Klagen über die Vobnartverhältnisse laut. Sodann sprach sich im selben Sinne unser Vorsitzender Paulsen aus und empfahl gleichzeitigen Anschluß an den Konsumverein.

In seinem Schlusssatz schäuferte Redner noch an einigen Beispielen die Lohnverhältnisse; so beziehe ein Arbeiter, der 20 Jahre im Dienste der Stadt steht, als Lohn für 5 Tage in der Woche saag und schreibt 12,08 Mk., ein anderer nur 11 Mk., ein dritter, Vater von 6 Kindern nur 2,30 Mk. Tagelohn. Letzterer wurde von seinem Hausbesitzer auf die Straße gesetzt, weil er schon einige Monate mit der Hausmiete im Rückstand war. Mit einer abemaligen ersten Mahnung zum Zusammenhalten und zur Einigkeit wurde, nachdem mehrere Kollegen sich aufrechten ließen, die gut besuchte Versammlung geschlossen.

Aus den Stadtparlamenten.

Tresden. Anlaßlich der Einweisung der Stadtverordneten hat der Herr Oberbürgermeister eine Rede gehalten. In derselben läßt er die im neuen Jahre zu lösenden Aufgaben Revue passieren. Auch auf die Lage der städtischen Arbeiter ist Bezug genommen. Er sagte, nachdem er sich mißbilligend über die Streikdemonstrationen ausgesprochen: „Aber auch das neue Jahr wird die wiederum vor die Lösung größerer Aufgaben stellen. Zur Verbesserung der Verhältnisse der unteren Bediensteten unserer Stadtverwaltung und ihren vorzugsweise in Rede eine Vorlage machen, die die Befähigung der Hausstandsamt-, Hilfsungsbediensteten für gewisse Mängel von Bediensteten und Verleihung der Beamtenangehörigkeit und Pensionberechtigung an den großen Teil dieser Angestellten, sowie die Befähigung einzelner bei der ersten Gehaltsregelung entstandener Gehältern in den unteren Beamtenstellen enthält. Welche Ausfolge für unsere städtischen Arbeiter die städtischen Kollegen durch die vor zwei Jahren in Kraft gesetzte Arbeitsordnung bewiesen haben, ergab sich schon aus den wenigen Zahlen der beiden vergangenen Jahre. Es sind in 26 Fällen feste Rubelöhne an Arbeiter, in 28 Fällen Pensionen an Arbeiterinnen und in 13 dergleichen Pensionen an Frauen bewilligt worden. Der Gesamtertrag dieser Pensionen beläuft sich bereits jetzt auf 15 000 Mark jährlich, überdies sind in den Jahren 1904 und

1905 55 890 Ml. Dienstalterszulagen (Lohnzulagen), 38 331 Ml. Löhne auf die Zeit, wo die betreffenden Arbeiter beurlaubt waren und 2769 Ml. sogenannte Chronikaten an Arbeiter, in Summa rund 97 069 Ml. außer den gewöhnlichen Löhnen gezahlt worden. Wenn wir daher auch hier und da bereits erfahren haben, daß die vielangefochtene Arbeiterordnung bei den Arbeitern mit Recht Anerkennung findet, so werden wir doch bemüht sein, einzelne Verbesserungen der Arbeiterordnung, die ein erster Versuch auf diesem schwierigen Gebiete sozialer Fürsorge gewesen ist, durchzuführen, und ich hoffe, daß Ihnen schon in den ersten Monaten dieses Jahres eine Vorlage zugehen wird, welche eine gewisse Vertretung der jüngeren Arbeiter in den Arbeiterauschüssen, eine rechtliche Sicherung der Bezüge an Urlaubslöhnen, sowie der Witwen und Waisengelder und die Vertretung einiger als unpraktisch erwiesener Vorschriften der alten Ordnung enthält. Wir werden aber mitdingen daran festhalten, daß diesen durch die Stadtgemeinde, das ist die Gesamtheit der Bürger- und Einwohner, an die dauernd beschäftigten Arbeiter gewährt werden sollen, und daß diese Vorzüge nur denen zugehen können dürfen, die sich dieser Pflichten auch bewußt haben und sie treu und gewissenhaft erfüllen.

Auch der Hebeengang der Straßenbahn an die Stadtgemeinde ist eine wichtige Angelegenheit und nicht zuletzt die Neuordnung der Anstellungsverhältnisse der in diesem wichtigen Betriebe beschäftigten zahlreichen Maschinisten und Arbeiter zur Folge, wobei ebenfalls auf die Verteilung der Beamten-Eigenschaft auf eine große Zahl derselben zugekommen werden soll. Vor allem aber wird es gelten, die Verbesserungen und Vereinfachungen im Betriebe durchzuführen, wobei ebenfalls auf die berechtigten Wünsche des Publikums Rücksicht zu nehmen, wie den finanziellen Interessen der Stadtgemeinde Rechnung zu ziehen sein wird.

Dem verhältnismäßig günstigen Abblauf der Rechnung des Jahres 1904, der einen Heberückgang von rund 2 Millionen Mark brachte, wird voraussichtlich ein ähnlicher Heberückgang des Jahres 1905 entsprechen. Es läßt sich bei der Festhaltung einer weisen Sparpolitik die Hoffnung begünstigen, daß die vorgeschlagene Steuererhöhung mindestens bis zum Jahre 1910 dauernd sein und vielleicht noch erweitert werden könnte. Dabei sind vorläufig irgend welche Heberückläufe aus dem Straßenbahnbetriebe nicht in Betracht gezogen, obwohl der erstmalig und literaris verständig aufgestellte Haushaltsplan über die verminderte städtische Straßenbahn für 1906 noch Verweisung aller Verzinsungen und sehr erheblicher Tilgungsbeträge bereits einen Heberückgang von rund 180 000 Ml. anzeigt, wobei es nicht uninteressant sein dürfte, zu erwähnen, daß die Einnahmen an Fahrgebern im Jahre 1905 gegenüber dem Vorjahre bei der Dresdner Straßenbahn um 1,5 Proz., bei der Leipziger Straßenbahn um 6,5 Proz., die Einnahmen zusammengefaßt, eine Mehrerhebung an Zahlern von 321 Proz. nachweisen, also den höchsten Erwartungen voll entsprechen. Auch ist für die finanziellen finanziellen Ergebnisse des großen Betriebes nicht ohne Bedeutung, daß es uns gelungen ist, den größten Teil der Aktien-Leihbände anzukaufen und dabei gegenüber dem festgesetzten Ankaufspreise eine Erparnis von rund 600 000 Ml. zu erzielen.

Die umfassenden Erörterungen über die Neuordnung des gesamten öffentlichen Dienstes, hoffen wir, wird dazu führen, einen ausgedehnten Versuch mit der Einführung der freien Herste, wohl bei der städtischen Betriebsverwaltung, so wohl als bei der Armenkommission zu machen. Ich hoffe jedoch, daß es gelingen wird, beide Aufgaben, ebenso wie dies bei im Salabur, beim ersten und dem dritten Wasserwerke selbst verständlich ist, ohne erhebliche Belastung der Steuerzahler durchzuführen, denn wenn ich auch mit Äußerungen fortfahren kann, daß die finanzielle Lage der Stadtgemeinde eine gute ist und daß wir im Grunde sind, sogar eine gewisse Steuerermäßigung für das Jahr 1906 in Höhe von 5 Proz. der Staatskommunikation in Aussicht zu bringen, so wollen wir doch diese Steuerermäßigung nicht nur für die Dauer erheben, sondern, wenn möglich, in größerer Umfang einzutreten lassen.

Wir können nicht umhin, hierzu einige Bemerkungen zu machen. Herr Oberbürgermeister haben die jüdischen Wahlrechts-Demonstrationen nicht gestillt, er sprach da von einem Geist der Auflehnung gegen Gesetz und staatliche Ordnung, der die Erde und das Ansehen unserer Stadt gefährden konnte. Wir haben darüber unsere eigene Auffassung, doch kommen wir zu der so hervorgehobenen Aufgabe für jüdische Arbeiter. Die verschiedenen Behauptungen dieser Art sind durch Verhältnisse bei den Stadtwahl-Verfahren, welche, wie Sie, wohl bekannt waren Ihnen die Summen zu hoch. Wir wollen natürlich nicht die Minderheit dieser Juden an sich betrachten, machen aber doch die Festsetzung, besonders betonen, daß sie sich auf zwei Jahre, 1904 und 1905, beziehen. Selbstverständlich solcher Sozialpolitik Grund und dann soll man nicht vergessen, daß die Wahlberechtigung im politischen Grunde vorüberdauernd ist und es im Grunde genommen auch jetzt noch und. Doch stellen wir zur Klärung einen Punkt heraus: In den zwei

Jahren wurden 38 331 Ml. für beurlaubte Arbeiter gezahlt. Ob nun hierin auch die Löhne für Reservelente zur Vertretung beurlaubter enthalten sind, wissen wir nicht. Bemerkenswert ist nur, daß die Arbeiter in den einzelnen Betrieben sich nicht erinnern können, bei Beurlaubungen je derartige Reservelente gesehen zu haben. Aber etwas anderes haben die Arbeiter wahrgenommen. So müßten beispielsweise bei der Straßenreinigung die Arbeiter der beurlaubten Arbeiter von den Dienstenden ausgeführt werden. In diesen Fällen hat nun die Stadt eigentlich keine Extraaufwendungen für Beurlaubte gemacht, und wenn die Dinge so liegen, stellen die 38 331 Ml. nur die laufende Lohnzahlung für Urlaubstage dar, die auch gezahlt worden wären ohne Beurlaubung. Durch die Mehrarbeit aber, die den Nichtbeurlaubten auf diese Weise auferlegt wird, geht der ganze Vorteil, den der Urlaub dem Arbeiter doch bieten soll, wieder verloren. Deshalb dürfte es sich empfehlen, nachzuprüfen, ob dieser ganze hier in Rede stehende Posten so ohne viel Umstände auf Konto Soziale Fürsorge zu verbuchen ist.

Der Herr Oberbürgermeister stellte dann weiter eine Verbesserung unserer „berühmten“ Arbeiterordnung in Aussicht. Auf das Meist ist hier wir gespannt. Sollte aber der Entwurf der Änderungen, wie er vor kurzem den Arbeiterauschüssen unterbreitet worden ist, Geltung erlangen, dann fragen wir doch, wo die angelegentlichsten Verbesserungen liegen. Etwas darin, daß man den fünf Jahre Beschäftigten quoad dignität gestattet, zwei Vertreter und einen Stellvertreter, aber nur aus den Reihen der ständigen, in den Arbeiterauschüssen zu wählen? Oder will man das als Verbesserung bezeichnen, wenn den Arbeitern bei Strafe sofortiger Entlassung verboten ist, Mitarbeitern wegen ihrer Zu- oder Nichtzugehörigkeit zu einer Gewerkschaft „Korwürfe“ zu machen, oder sonst in irgend einer Weise „belästigen“? Für derartige Verbesserungen danken die Arbeiter denn doch keinen. — Der Herr Oberbürgermeister sprach dann davon, daß die Vorteile der Arbeiterordnung nur denen zuzukommen sollen, die sich ihren Pflichten der Gesamtheit der Gemeinde und dem Staat gegenüber bewußt sind und diese treu und gewissenhaft erfüllen. Wir meinen, dieses Apells an das Pflichtgefühl der jüdischen Arbeiter hätte es nicht bedurft. Das muß zur Ehre der jüdischen Arbeiter gesagt werden, daß sie stets bereit sind, ihre Pflichten zu erfüllen. Im übrigen sind die jüdischen Arbeiter stets der Meinung, daß das voll erwählte Wahlrecht, das das Pflichtgefühl tausendmal mehr zu stärken geeignet ist, als alle Wohltaten oder Chronikaten. Etwas annehmbareres bringt jedoch der Änderungsentwurf auch: die Zurücknahme des Abstammungsverbotens. Dies ist zu begrüßen, aber wir haben auch darüber unsere besondere Meinung. Bekanntlich wird die Umfassung Gesetz werden, und da kann man allerdings auch eine allgemeine Steuererhöhung von 5 Prozent in Aussicht stellen. Etwas dresdenerisch auf der einen Seite Steuererlass, auf der anderen Umfassung. Nun können die jüdischen Arbeiter auch getrost Abstammungsverbot zurücklassen, tragen sie als solche doch zum allgemeinen Steuererlass bei. Am Ende meiner Rede glaube der Herr Oberbürgermeister die Stadtväter noch besonders darauf aufmerksam machen zu müssen, daß sie die Interessen der Allgemeinheit zu vertreten hätten. Diese Erwählung war augenscheinlich an die neueregetretenen Arbeitervertreter gedacht. Sie war für diesen Fall mindestens an die jüdische Arbeiterschaft gedacht, denn die Sozialdemokraten kennen in ihrer Politik keine andere Richtlinie als das Allgemeinwohl. Sollte aber damit velleidet gemeint gewesen sein: Nach nur keinen Einmischplan für Arbeiterforderungen aus unserem Rathaus? Wir hoffen sehr stark, daß die Vertreter der Arbeiter den übrigen Stadtvätern die Schwächen unserer Arbeiterordnung ins gehörige Licht rufen, damit endlich dieser veralteten paragrafenreichen Verordnung und nichtaktionalen Gesetze verdrängt und unter Einwirkung unserer Organisation mindestens solche Arbeiterstatuten geschaffen werden, wie sie in Straßburg bestehen. —

Sprechsaal.

Der Abgang Eorichs wird wohl ebenso wie mich noch viele andere Verbandstetigen recht eigenmächtig berührt haben. Man fragt sich, wie es möglich ist, daß ein Mann, dessen Andenken von denen der modernen Arbeiterbewegung in dem Maße abzuweichen, eine Reihe von Jahren Vorsitzender unseres Verbandes, der doch auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung steht, kein konnte. Ebenso drängt sich die Frage auf, wie sich die anderen leitenden Personen unseres Verbandes zur modernen Arbeiterbewegung stellen. Eine offene und klare Antwort auf diese Frage ist im Interesse unserer ganzen Bewegung unbedingt notwendig. Denn es hat doch immer vorausgesetzt, daß der angetragene Grund des Abganges Eorichs der ausschlaggebende war, irgend welche Meinungsverschiedenheit innerhalb des Verbandes in dieser Frage meines Wissens nicht vorhanden. Deshalb ist wohl auch diese Frage ihre volle Berechtigung. Bei Abende wird Bericht an der Antwort zu geben und die Angelegenheiten in der Nr. 26 des „Gewerkschaft“ nicht haben. Dann wird so verfahren, daß die dem Herrn Eorich, welche ihn als unabweisbar notwendig anstehen. Am uns Bericht zum anderen Handlung zwischen den Stadt-Ämtern, wo Eorich hinterlistig gefangen hat, und dem mit Verleumdung

afel-
ons-
eden
nem
erbe-

Mof-
Kasse
ergab
dieses
wurde
chale
ullat
uht.
die
Ber-
igung

über
rate-
nung
inter-
iden
t und
e Ar-
telch,
ne Ar-
de den
Hoch
Gim-
zwie
in war
nicht
id gar
müsse,
Stadte
Ent-
er Wei-
soziale
eute
in-
sorge
soortun
ie doch
ir Ein-
arbeiter
in mög-
liche zu

verhält-
itender
sonjunt-

en Wei-
Jahre
de sage
r Vater
seinem
Monate
maligen
wurde,
besuchte

eten hat
ben läßt
r. Auch
r sagte,
ien aus-
r Vorlage
niffe der
vorganz-
r Aufbe-
ienfieren
ung an
einzelner
unteren
nferre
die vor
ben, er-
langen
an Ar-
wen und
Der Ge
15 000
04 und

und Max Lorenz. Um Gründe, weswegen sie zu Margalen wurden, sind auch diese Herren nicht verlegen. Was soll man aber dazu sagen, wenn Voerisch schreibt, er tieke schon seit Jahren für eine energische Arbeiterpolitik, unabhängig von jeder politischen Partei, ein. Damit schließt er ja seiner bisherigen Meinung, wenn er dieselbe nicht gerade so oft wie das Pferd wechselt, ins Gewicht. Denn bisher be gründete er bei Meinungsverschiedenheiten über unsere Taktik seine Ansicht immer damit, daß wir uns auf unsere politischen Vertreter im Parlament stützen mußten und mit deren Hilfe unsere Forderungen durchsetzen konnten, ohne zu dem Mittel des Streiks zu greifen.

Nach all diesem können wir den Wünschen des Voerisch ruhig gönnen. Sorgen wir dafür, daß an seiner Stelle ein Klassenbewußter, charakterfester Mann tritt, der sich seiner Aufgabe in jeder Beziehung bewußt ist.

Berlin (Sektion I). Ernst Mroff.

Diese Zuschrift lag, bevor sie Aufnahme fand, dem Verbandsvorstand vor und wurde dort mit der folgenden Erklärung erledigt:

„Die Verbandskollegen sind wohl alle in der Lage, sich über die Vorstandsmitglieder, durch deren Auftreten und Wirken ein Urteil bilden zu können. Die aufgeworfenen Fragen zu beantworten, hält der Verbandsvorstand deshalb für überflüssig.“

Mit Bezugnahme auf die in voriger Nummer im Stuttgarter Verbandsorgan veröffentlichte Resolution kontra Voerisch drücken wir folgende Zuschrift ab. Der frühere Verbandsvorsitzende wiederholt hier im wesentlichen dasselbe, was er bereits in Nr. 26 05, Spalte 700, ausführte. Für die Folge müssen wir die Veröffentlichung derartiger Zuschriften, sofern sie nur Wiederholungen enthalten, mit Rücksicht auf unseren Raum, den wir für unsere Angelegenheiten nötiger gebrauchen, ablehnen. D. M.

Die Stuttgarter Kollegen haben sich in ihrer letzten Mitgliederversammlung mit meinem Eintritt in die Redaktion der „Wochen deutschen Abendpost“ beschäftigt und mir dafür ihre „Verdankung“ ausgesprochen.

Die Stuttgarter Kollegen sind wahrscheinlich über die in Betracht kommende Sachlage nicht genügend orientiert, und durch die tendenziöse Nachdruck, welche die „Schwabische Tagespost“ brachte, so beeinflusst, daß es ihnen nicht möglich war, objektiv zu urteilen.

Mit Recht hätten die Stuttgarter Kollegen mir ihre Verdankung aussprechen können, wenn ich etwa beabsichtigte, in meiner neuen Stellung im Sinne der alten Dittich-Tunderischen Grundidee, für Darmen- und Arbeiter und Massenimpulse wirken zu wollen. Dem ist aber gar nicht so. In meiner neuen Stellung werde ich nicht ein Wort anders schreiben noch sprechen, als wie in meiner bisherigen Tätigkeit innerhalb des Gemeindefördererverbandes.

In den Gewerkschaften macht sich seit mehreren Jahren eine Wandlung für eine stärkere und energiereichere Vertretung der Arbeiterinteressen geltend, die ihren Ursprung in Düsseldorf, dem Geburtsort der „Wochen deutschen Abendpost“ hat. Mein Redaktionskollege Grottel ist jenseitig, weil er besonders die stärkere Tonart forderte, aus den Gewerkschaften ausgeschlossen worden und erst nach Jahren, nachdem die von ihm vertretenen Ansichten einen gewissen Einfluß innerhalb der Gewerkschaften erlangt hatten, gelang es, seine Wiederaufnahme herbeizuführen.

Die „Wochen deutsche Abendpost“ tritt laut ihrem Programm für eine energische Arbeiterpolitik und für die Verwirklichung der Arbeiterinteressen ein, also für Dinge, die jeder wahrer Arbeiterfreund mit Freude begrüßen sollte. Ich habe mich verpflichtet, in diesem Sinne hier in meiner neuen Stellung zu wirken. Da sollte man doch wenigstens so objektiv sein und mindestens meinen guten Willen anerkennen, was auch einige Parteiganne, z. B. die „Vergleichs-Vollziehung“, getan haben. Wenn das genannte Blatt es dann allerdings bewirkt, ob es mir wirklich möglich sein wird, für diese Grundidee einzutreten und weiter meint, daß ich wohl doch so werde schreiben müssen, wie die „Abendpost“ es wollen, so gehöre ich mir sicherlich folgendes zu bemerken: Ich habe schon früher aus meinem Munde keine Widerrede gemacht und hier das angedeutet, was ich dachte, und ich werde auch zukünftig eben so weiter mit meiner wahren Meinung hinter dem Vorhang stehen. Wenn man mich nicht ab noch, daß ich jetzt keineswegs der freien Gewerkschaftsbewegung feindlich gegenüberstehe, wie man das in Stuttgart zu glauben scheint. Ich erkenne nach wie vor ihre große Bedeutung und ihre Verdienste um die Lösung der Lebenslage der deutschen Arbeiter an. Was ich an ihr in punkto der parteipolitischen und politischen Neutralität aussetzen habe, das ist ich auch hier in meiner früheren Stellung. Ob mein jetziges Wirken tatsächlich zu der Verwirklichung der Ideen beitragen wird, die ich vertrete, das mag die Zukunft lehren. W. Voerisch.

Beilage zu Fortsetzung des Verbandsorgans der in Gemeinde und Staatsbehörden beständigen Arbeiter und ihrer Angehörigen des Reichs und der Provinzen. Verantwortlich: Reichsminister für Arbeit, Berlin W. 7, Unterfeldstr. 21. — Druck: Fortwäts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Zinger & Co., Berlin SW. 68, Lindenstr. 93

Anzeigen.

Contentliste des Verbandes.

Karl August Uhlig, Chemnitz Straßenreinger † im Alter von 70 Jahren.	Otto Rheden, Berlin Sektion Nixdorf † 17. Januar 1906 im Alter von 22 Jahren.
Joh. Georg Werner, Chemnitz † im Alter von 63 Jahren.	Paul Feder, Berlin Revier-Inspektionen † 22. Januar 1906 im Alter von 36 Jahren.
Jakob Vogel, Stuttgart † 12. Januar 1906 im Alter von 65 Jahren.	Gottlieb Frenzel, Zwickau † 24. Januar 1906 im Alter von 49 Jahren.
Angust Steinke, Berlin I † 26. Januar 1906 im Alter von 43 Jahren.	Georg Klingler, Karlsruhe † 27. Januar 1906 im Alter von 59 Jahren.

Ehre ihrem Andenken.

Unserem Verbandskollegen
Albert Stephan
nebst Frau
zu ihrer am 27. Januar
1906 stattgefundenen
Hochzeit
die herzlichsten Glückwünsche.
Die Kollegen der Sektion IV
(Englische Gasanstalt)
Betrieb Schöneberg.

Filiale Mannheim
Unserem alten, treuen
Verbandskollegen
Thomas Augler
vom alten Gaswerk
zu seinem 70. Geburtstage
nachträglich die herzlichsten
Glückwünsche.
Die Sektionsleitung.

Achtung! Filiale Bremen. Achtung!

Die Kollegen werden darauf aufmerksam gemacht, daß laut Beschluß der außerordentlichen Mitglieder Versammlung vom 21. Januar 1906, ab 1. Februar ein wöchentlicher Beitrag von 35 Pfennig erhoben wird. Die Extrabeiträge, mit Ausnahme der Delegiertensteuer, fallen weg.

Der Filial-Vorstand.

Achtung! Mitgliedschaft Dresden. Achtung!

Freitag, den 23. Februar 1906, im Kristallpalast, Schäferstr.

Cotillon **Tanz-Abend** Cotillon

mit humoristischen Vorträgen.

Einlaß 7 Uhr. Anfang 8 Uhr. Ende 3 Uhr.

Starten a 20 Pfg. für Mitglieder und deren Angehörige sind bei allen Bezirkskassen und im Bureau zu entnehmen.
Um zahlreiche Beteiligung bittet Der Festauschau.

Selbstkontrolle. Durch diese entdekt jedermann sofort alle Fehler und Unvollständigkeiten in der Buchführung. Jahrelange Taufschreiben und der „Selbstkontrolle“ beigefügt zu beziehen durch jede Buchhandlung, sowie durch die Verlagsbuchhandlung **Ernst Uhlmann, Dresden, Wettinerstr. 11.**

Wir brauchen zum Einbinden

noch mehrere Exemplare von Nr. 15/1905 der „Gewerkschaft“ und Nr. 5/1904 der „Sanitäts warte“. Wo sind diese Nummern noch? Wir bitten um sofortige Einfindung.

Der Verbandsvorstand.

Preis 1 Mk.